

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tgl. Lesebeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringender monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Anserte** werden die 6spaltigen Beilagen mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 173.

Dresden, Dienstag den 29. Juli 1913.

24. Jahrg.

**Begen Beleidigung des Bürgermeisters von Rautenstein** wurde der Redakteur der Pirnaer Volkszeitung, Genosse Fiebig, vom Pirnaer Schöffengericht zu 250 M. Geldstrafe verurteilt.

Nach einer Meldung aus Belgrad haben serbische Truppen die bulgarische Armee von Sofia abgedrängt.

Briefen aus Tetsuan zufolge ist die Stadt von Aufständischen eingeschlossen.

In Galveston hängte eine Tribüne ein, auf der sich 6000 Menschen befanden.

Die chinesischen Rebellen haben den Marsch nach Norden aufgegeben.

## Sozialismus und Persönlichkeit.

I.

Daß der Sozialismus die persönliche Freiheit des Einzelnen vollständig untergrabe und zunichte mache, gilt bei unseren Gegnern als feststehend. Es ist dies sogar eines ihrer wichtigsten Argumente gegen uns. Was kann denn auch tieferen Eindruck machen, als wenn man den Deuten sagt: kommt der Sozialismus zur Herrschaft, dann ist es mit jeder Selbstbestimmung vorbei, dann müßt ihr bei allem, was ihr tut und laßt, was ihr eßt und trinkt, was ihr arbeitet und nicht arbeitet, auch nach obrigkeitlichen Vorschriften richten! Der selbige Eugen Richter war, der das Schlagwort vom „Zucht- und Hausstaat“ erfunden hat. Nun ließe sich darauf erwidern: selbst wenn dem so wäre, so könnten die Räte dieses „Zucht- und Hausstaates“ den Proletarier nicht schreien, weil all das, was ihm da angeblich winkt, auch heute schon auf ihm lastet. Wo ist denn im heutigen Staat die Freiheit der Berufswahl, die Freiheit der Arbeitsstätte, die Freiheit des Lebensgenusses für den Proletarier? Die Dinge würden also für ihn mindestens nicht schlimmer werden, als sie heute sind, und der Augen, der aus all diesen Beiden flieht, würde dann der Gesamtheit zu gute kommen, statt daß er heute die Taschen einiger Kapitalisten füllt.

Indessen leuchtet wohl ein, daß mit ein paar Phrasen des freisinnigen Agitators und mit ihrer mehr ironischen Zurückweisung dem Ernste des Problems nicht Genüge getan ist. Und man freut sich ordentlich, wenn man im gegnerischen Lager hin und wider einmal einer Stimme begegnet, die über eine so ernste Frage ernste Gedanken äußert. Dies ist der Fall im Juliheft der Preussischen Jahrbücher in einem Aufsatz von Willdenbrock über „Die Freiheit des Einzelnen im heutigen Staat“. Er spricht zwar nicht unmittelbar vom sozialistischen „Zukunftstaat“, aber was ihn ängstigt, ist eben doch das unabwendbare Kommen des Sozialismus. Er sieht deutlich, wie in der Gegenwart alles auf den kommenden Sozialismus hinarbeitet:

Die Möglichkeit, die persönliche Eigenheit frei sich gestalten und entfalten zu lassen, wird immer mehr eingengt. Das Bestreben geht dahin, die geistige Entwicklung des einzelnen Menschen immer entschiedener dem Willen des Staates, d. h. der leitenden Mächte, zu unterwerfen.

Das heutige Volkswesen, die gewerbliche Massenproduktion, der Schulzwang und die uniformierte Schule, die allgemeine Wehrpflicht, die wirtschaftlichen und Steuererzette, der ganze allgegenwärtige Staat, dessen zudringlicher Fürsorge niemand entkommt, alles das wirkt auf Ausgleichung der Besonderheiten, Auslöschung des selbständig Persönlichen, Erzeugung einer menschlichen Homogenität, Vereinfachung des Einzelnen. Bei dieser allgemeinen Sozialisierung ist das letzte Wort der Sozialismus.

Das gilt ihm als eine schwere Gefahr, nicht aus den läppischen Gründen Eugen Richters, sondern weil er daraus eine Verkümmern der individuellen Anlagen erwachsen sieht, die ihm für die Zukunft der Menschheit verhängnisvoll zu sein scheint:

Nur der Individualismus kann bedeutende Anlagen zur Reife bringen. Die organisierte Herde wird nur Herdenmenschen hervorbringen, viellecht gute Durchschnittswesen, brauchbare Werkzeuge für geistige Handlangerarbeit. Die Menschheit braucht aber auch leitende Mächte, übertragende Persönlichkeit, die der Massenarbeit die Wege weisen.

Man braucht nicht all diesen Worten zuzustimmen und kann doch anerkennen, daß die Verkümmern der freien Persönlichkeit, der wir heute überall begegnen, nicht nur für den einzelnen davon Betroffenen ein Unglück, sondern für die Zukunft der Menschheit insgesamt eine Gefahr bedeutet. Nun wissen wir Sozialisten freilich, daß diese Verkümmern eine notwendige Folge unserer wirtschaftlichen Zustände ist. Ein Blick auf das Leben der Proletarier, die doch über 90 Prozent der Menschheit ausmachen, zeigt, daß bei ihrer Lebensweise jede Ausbreitung persönlicher Anlagen, jedes Ausleben der Individualität unmöglich ist. Aber wer wollte leugnen, daß unsere staatlichen Einrichtungen diese verhängnisvolle Entwicklung noch fördern!

Werden wir einmal einen Blick auf die heutige Schule. Der Typus ist überall derselbe: was von Klasse zu Klasse geleitet und gelenkt werden soll, was der Aufnahme und Abgang zu sichern ist, wie, soweit irgend möglich, das oben bestimmt. Aber der Geist läßt sich trotzdem nicht in Paragrafen einsperren, und die Geister sind schließlich beschließen. Man tut ja sein Möglichstes im Reglementieren und Uniformieren, doch alle Paragrafen können dem Unterrichte nur dort aus-

helfen und ihre Befolgung kann nur äußerlich nachgeprüft werden. Das Uniformieren ist darum unermesslich auch ein Bedürfnis. Eine Herabdrückung der Bildung... darum ein Anhalten von Gedächtnisstrom, ein Anhalten zum Auswendiglernen. Nicht einmal das Gedächtnis gewinnt dabei. Überfüllt man es, so stampft man es ab. Viel Auswendiglernen macht vergeßlich... Nicht auf das Anhalten von Kenntnissen kommt es an, nicht auf formale Treue, die Mahnung an die Schüler soll lauten: Verle die Augen aufzumachen und die Welt verstehen, soweit es uns Menschen gegeben ist. Wer das nicht, wer das nicht recht gelernt hat, der ist ungebildet.

Dann folgt eine scharfe Beurteilung der Schablone, die im heutigen Schulwesen herrscht:

Gerade hervortragende Begabungen sind oft einseitig und passen nicht in die allgemeine Schablone. In der uniformierten Schule ist für solche kein Platz. Die Schule rechnet ja nur mit durchschnittsmäßigen Normalfähigkeiten. Wer über das Maß in die Höhe ragt, rumpft ab! Fort mit ihm! Er hat ja nicht in allen Fächern die geforderten Durchschnittswisdomen.

Aber auch die sonstigen Staatseinrichtungen, die den jungen Menschen nach der Schulzeit umgeben, sind nicht geeignet, „gebundene Kräfte auszulösen, angeborene Gaben zur vollen Reife zu bringen“:

Auch für den Begabtesten der vielleicht zu den größten Leistungen befähigt sein würde, folgt eine endlose Zeit mühsamer Handlangerarbeit, und wer kann mit Bestimmtheit sagen, ob überhaupt noch einbreitende, das im Reichtum vielleicht ein Königtum sind?

Welcher Sozialist wolle nicht diesen Ausführungen aus vollem Herzen beistimmen! Und doch gelangt der Verfasser auf diesem Wege zu einer scharfen Verurteilung und Verurteilung des Sozialismus. Und ihm werden alle diejenigen bestimmen, die den Sozialismus als „die Gleichmacher“ haben bereiten hören. Das ist ja gerade nach der Vorstellung Willdenbrocks das Gefährliche, daß durch fortschreitende Demokratisierung alle Besonderheiten, alles Hervortragende, alles Individuelle und Persönliche ausgeglichen und ausgeglüht wird. Und nicht deutlich genug weiß er von der Demokratie zu reden:

Der ganze Geist der heutigen Staatsverfassungen zielt dahin, die Menge zur Bestimmung zu bringen... Die politische Entwicklung verläuft auf der höchsten Ebene völliger Demokratisierung... Das aber die demokratischen Einrichtungen nicht dazu geeignet sind, wirklich bedeutende Männer emporzuhelfen, leitende Geister an die Spitze zu bringen, lehrt das sinkende Niveau der Parlamente, die geistige Debe der heutigen politischen Verfassungen.

Gegenüber dieser Verurteilung aller Demokratie läge es nahe, die Frage aufzuwerfen, wie denn die Besonderheiten und Begabungen der Einzelnen erkannt und entwickelt werden sollen, wenn nicht durch eine noch viel weitergehende Heranziehung der Volksmassen zu besseren Schulen usw., d. h. also durch eine viel weitergehende Demokratisierung. Gerade weil die höheren Schulen und infolge dessen die höheren Berufe nur einem kleinen ausgewählten Teil des Volkes offen stehen, müssen in der breiten Masse so viel Intelligenzen und Fähigkeiten ungenutzt zugrunde gehen. Doch wollen wir uns in diese Frage heute nicht vertiefen. Denn einmal ist es möglich, darüber zu fragen, weil ja die Schule — wie alle Staatsanstalten — nicht nach der mehr oder minder klaren Einsicht der Staatsmänner eingerichtet wird, sondern ein Resultat und zugleich wieder ein Werkzeug ist der Klassenkämpfe; die „Staatsverwaltung“ ist das oberste Ziel aller Politik der bürgerlichen Parteien, d. h. die Erhaltung des Staates in seiner jetzigen Form, d. h. die Erhaltung der Klassenherrschaft. Diesem Ziel müssen alle Mittel dienen, auch die Schule, auch die sonstigen Veranstaltungen des Staates. Da hat es also gar keinen Zweck, den leitenden Staatsmännern oder Parteien ins Bewußtsein zu rufen und ihnen zu zeigen, wie die Schule usw. „im Interesse der Gesamtheit“ anders eingerichtet werden müßte. Sodann aber wollen wir unsere Aufmerksamkeit heute nicht der Frage zuwenden, wie die Demokratie, sondern der Frage, wie der Sozialismus zur Persönlichkeit und persönlichen Freiheit steht.

(Schluß folgt.)

## Die armenische Wetterecke.

Von unserem Korrespondenten.

St. Petersburg, 27. Juli.

Die unerwartete Wendung, die die Orientfrage durch das Vordringen der Türken und die Wiederbesetzung Adrianopels durch die türkischen Truppen nahm, hat schneller als man erwartete die kleinasiatischen Fragen in den Vordergrund des politischen Interesses gerückt. Alle Welt staart wie hypnotisiert nach dem nordöstlichen Winkel Türkisch-Armeniens, von wo aus Rußland die Wirt in den asiatischen Besitzstand der Türkei legen und Fragen von unabsehbarer Bedeutung aufrollen kann. Zunächst sucht die russische Diplomatie allerdings eine gemeinsame Aktion der Mächte gegen die Türkei zustande zu bringen. Aber schon die Tatsache, daß sie in kaum verhillter Form mit der Besetzung Armeniens drohen kann, zeigt, wieviel Hindernis sich an der russisch-türkischen Grenze angehäuft hat und welche weltpolitischen Gefahren durch eine aggressive Politik Rußlands in Kleinasien heraufbeschworen werden können.

Bei dieser Gelegenheit treten die Endziele der russischen Orientpolitik ziemlich deutlich hervor. Es kann als wesent-

licher Inhalt der russischen Politik in der jetzigen Situation bezeichnet werden, was das weit verbreitete liberale Moskauer Blatt „Kustofe Slowo“ vor einigen Tagen schrieb: „Der Krieg um die Befreiung der Balkanhalbinsel war für uns zugleich ein Krieg um die Schwächung der Türkei, die die Schlüssel zu den Dardanellen in Händen hält... Tritt nun der türkische Imperialismus wieder in den Vordergrund, so müssen die Interessen Rußlands fest und unwiderruflich mit den energichsten Mitteln gesichert werden...“ Fast man das Urteil der führenden russischen Presse zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß eine aggressive Politik in der Richtung nach Armenien hin im jetzigen Augenblick von ziemlich weiten Kreisen als zweckmäßig erachtet wird.

Erscheint unter diesen Umständen die armenische Frage in weit gefährlicherem Lichte als noch vor wenigen Wochen, so ist es zur Beurteilung der gesamten Situation in der armenischen Wetterecke doch vonnöten, auf die Vorgänge und Erörterungen der letzten Monate zurückzugreifen. Noch im April lehnte die russische Regierung anlässlich des Besuchs des Reichstages aller Armenier in Petersburg eine Einmischung in die armenische Frage als unzeitgemäß ab. Das schloß natürlich keineswegs aus, daß die russische Regierung ihre Tätigkeit in Armenien und Kurdistan, wie ihre militärischen Rüstungen im Kaukasus und in Nordpersien fortsetzte. Die armenische Bauernbevölkerung wurde gegen die Türken und Kurden, und die turkischen Räuberstämme wurden wiederum gegen die Armenier aufgehetzt; russische Truppen wurden konzentriert an der kaukasischen Grenze konzentriert, und die an die Türkei angrenzende persische Provinz Urmia verwandelt sich in ein festes Bollwerk russischer Macht, von wo aus die ganze türkische Position in Ostanatolien bedroht wird. Ganz in dem Sinne dieser militärischen Maßnahmen ging eine lebhaft propagandistische Tätigkeit in die armenische Frage an der sich charakteristischerweise auch der größte Teil der liberalen Presse beteiligte.

Nach dem Zusammenbruch der panlawistischen Idee am Balkan wurde die „traditionelle Weltherrschaft“ Rußlands in Armenien herbeigeholt, um den imperialistischen Plänen in Vorderasien ein moralisches Mäntelchen anzuhängen. Die liberalen Befürworter einer solchen Politik verteidigten hierbei keineswegs, daß es sich bei der Frage der armenischen Reformen um einen reinen Eigennutz und fähige diplomatische Verechnung handelte. So erklärte der Kadettenführer Mikulow nach im Dezember vorigen Jahres in der Duma: „Wir haben stets die türkischen Armenier gegen die Türken ausgespielt, um sie, sobald es in unseren Interessen lag, den Türken wieder zum Opfer zu bringen.“ Auch der Fraktionsgenosse Prof. Mikulow, der armenische Abgeordnete von Waku, Papadjanow, trat im Namen der zahlungsfähigen armenischen Bourgeoisie für die russische Einmischung ein. „Die russischen Armenier“, erklärte er, „wünschen, daß Rußland das Reformwerk in Armenien übernehme... Rußland hat hier und jetzt unter aller Blide gerichtet... Nur durch die Einmischung der russischen Regierung können die Reformen in Türkisch-Armenien eine ernste Bedeutung erlangen!“

Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Stellungnahme der russischen und der armenischen Bourgeoisie zu der armenischen Frage die aggressiven Tendenzen der russischen Politik in Vorderasien verstärken mußte. Anders freilich verhält es sich mit den objektiven Möglichkeiten eines solchen Vordringens Rußlands. Schon die allgemeine scharfe Beurteilung, die die neuzeitliche Aufrollung der armenischen Frage selbst in Frankreich und England fand, muß der russischen Diplomatie vor Augen führen, daß sie bei ihrem kleinasiatischen Abenteuer auf einen fast allgemeinen Widerstand stoßen würde. England hat genug an der militärischen Vorherrschaft Rußlands in Nordpersien; Deutschland würde seine wirtschaftlichen Aussichten in der Türkei bedroht sehen, und selbst das mit goldenen Ketten an das Jarenreich geschmiedete Frankreich würde sich nur schweren Herzens zu einer Unterstützung des russischen Vorgehens in Armenien entschließen.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist hier auch die durch die Lösung der Bagdadbahnfrage herbeigeführte Einteilung der Interessensphären zwischen England und Deutschland in Vorderasien, die schon darin zum Ausdruck gelangt ist, daß England gegen den Besuch deutscher Kriegsschiffe in Persien und Alexandrette und das Angebot der Schutzbereitschaft über die Armenier nicht Protest erhoben hat. Berücksichtigung verdient endlich auch die Tatsache, daß Rußland durch sein mongolisches Abenteuer bereits im fernen Osten engagiert ist und kaum in der Lage sein würde, einen Kampf nach zwei Fronten hin zu führen. Alles dies läßt eine Verwirklichung der russischen Drohungen hinsichtlich Armeniens als kaum denkbar erscheinen. Ein Moment der festen Barmherzigkeit jedoch bleibt die armenische Frage immerhin. Umso dringender ist es deshalb, daß die Mächte durch eine energische Einmischung in die armenische Reformfrage dem russischen Imperialismus in Kleinasien den Boden unter den Füßen entziehen.

## Die Balkankrisis.

Die Londoner Botschafter-Vereinigung soll in der heutigen Sitzung Beschluß fassen über den Verkauf der Note, die die Botschafter der Mächte in Konstantinopel überreichen sollen. Die Note wird aller Voraussicht nach nicht als Kollektivmitteilung überreicht, sondern von den einzelnen Bot-